

Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuß



Entwurf des Haushaltsgesetzes 1992

Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei

- Drucksache 11/2450
- Drucksache 11/2723

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des

Hauptausschusses

Berichterstatter Abgeordneter Büssow - SPD

Beschlußempfehlung

Der Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei - wird unverändert angenommen.

Bericht

Der Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei - wurde in den Sitzungen des Hauptausschusses am 26. September, 17. Oktober 1991 und 7. November 1991 beraten und in der Sitzung am 21. November durch Abstimmung erledigt.

In die Beratungen des Ausschusses wurde die Vorlage 11/754 mit zusätzlichen Erläuterungen für die Beratung einbezogen. Die vom Hauptausschuß gewünschten weiteren schriftlichen Erläuterungen reichte der Chef der Staatskanzlei mit Schreiben vom 9. Oktober 1991 (Vorlage 11/797) nach.

Der Unterausschuß des Hauptausschusses "Europapolitik und Entwicklungszusammenarbeit" hat in seiner Sitzung am 7. November 1991 die europa- und entwicklungspolitischen Ansätze des Einzelplans 02 beraten.

Im einzelnen waren dies:

- Kapitel 02 010, Titelgruppe 60, Titel 427 60 - Kosten für Beratung durch wissenschaftliche Sachverständige und Honorarkräfte -
- Kapitel 02 020, Titel 685 30 - Zuschuß an die "Stiftung Entwicklung und Frieden e. V." -
- Kapitel 02 020, Titelgruppe 71 - Maßnahmen des Ministerpräsidenten für die Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern -
- Kapitel 02 020, Titelgruppe 72 - Internationale Zusammenarbeit -
- Kapitel 02 020, Titelgruppe 75, - Maßnahmen der Landesregierung im Rahmen der neuen Flüchtlingspolitik -
- Kapitel 02 030 - Europaangelegenheiten -

Änderungen wurden nicht beantragt.

Lediglich zu der Erläuterung in Vorlage 11/754 zu Kapitel 02 010, Titelgruppe 60, Titel 427 60 - Kosten für Beratungen durch wissenschaftliche Sachverständige und Honorarkräfte - ist ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU eingebracht worden, mit dem die Erläuterungen der Aufgaben des Nord-Süd-Beauftragten ergänzt werden soll. Mit einer geringfügigen Modifizierung ist dieser Antrag mit Mehrheit (eine Gegenstimme, eine Enthaltung) angenommen worden:

Danach soll die genannte Erläuterung in Vorlage 11/754 auf Seite 30 um folgenden Spiegelstrich erweitert werden:

- Entwicklung eines Gesamtkonzeptes für die Entwicklungshilfe einschließlich der neuen Flüchtlingspolitik des Landes Nordrhein-Westfalen mit der Ergebnisvorgabe, durch effizienten Finanzmitteleinsatz, in enger Koordination mit den anderen Bundesländern und der Bundesregierung, auch die Armutswanderungen zu verhindern helfen.

Der Antrag wurde im Hauptausschuß ebenfalls zur Abstimmung gestellt und der Änderung mit den Stimmen der Fraktion von SPD, CDU und F.D.P. gegen die Stimme der Fraktion DIE GRÜNEN zugestimmt.

In der Gesamtabstimmung wurde der Einzelplan 02 unverändert mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU, F.D.P. und DIE GRÜNEN angenommen.

Anmerkungen zu den Sachtiteln

zu lfdn. Nummern 10 und 11 der Anlage 2:

Die Fraktionen von CDU und DIE GRÜNEN beantragten die Streichung bzw. teilweise Streichung des Ansatzes "Für die Durchführung von Maßnahmen der Landesregierung im Rahmen der neuen Flüchtlingspolitik". In der Diskussion wurde von der Sprecherin der CDU-Fraktion darauf hingewiesen, daß die Fraktion sich nicht gegen die neue Flüchtlingspolitik stelle und auch nichts gegen Hilfe im Heimatland einzuwenden habe. Ihre Fraktion lehne es aber ab, die Mittel nur für das Reintegrationsprogramm der Roma und Sinti in Makedonien zu verwenden. Im übrigen müßten die Mittel an der richtigen Stelle vorgesehen werden, weshalb die CDU bei Einzelplan 07 die Etatisierung beantragen würde.

Die Sprecherin der Fraktion DIE GRÜNEN erklärte, daß ihre Fraktion das Reintegrationsprogramm in Schutka/Makedonien nicht unterstütze. Ihre Fraktion würde andere Projekte favorisieren. Ihre Fraktion überlege, Mittel in Höhe von 20 Millionen für humanitäre Maßnahmen in Kurdistan zu beantragen sowie insgesamt 40 Millionen DM an Zuschüssen für Projekte im Ausland (Sowjetunion). Diese Anträge wurden zurückgestellt, nachdem von den übrigen Fraktionen darauf hingewiesen wurde, daß es sinnvoll sei, über humanitäre Maßnahmen erst dann zu entscheiden, wenn man sich auf ein Konzept verständigt und entsprechende Prioritäten festgelegt habe.

Der Chef der Staatskanzlei wies darauf hin, daß Nordrhein-Westfalen außer in Albanien in jedem Land Europas tätig sei und entsprechende Projekte humanitärer Art gestartet habe. Nordrhein-Westfalen könne nicht jedem einzelnen Notgebiet helfen, vor allem seien Solidaritätsmaßnahmen der Bundesregierung sowie der EG erforderlich. Im übrigen sei es nicht hilfreich, über Prioritäten zu streiten und auch politisch unverantwortbar, in eine Region finanzielle Mittel zu pumpen, ohne daß Menschen vor Ort sich engagieren und abgestufte Hilfe leisten.

Der Hauptausschuß kam überein, vor den Haushaltsberatungen 1993 über die Ziele der neuen Flüchtlingspolitik der Landesregierung eine intensive inhaltliche Diskussion zu führen.

zu lfd. Nr. 14 der Anlage 2:

Die Fraktion DIE GRÜNEN beantragte eine Erhöhung des Ansatzes, um die Einrichtungen der Weiterbildung in anderen Trägerschaften entsprechend finanziell zu unterstützen.

Seitens der SPD-Fraktion wurde darauf hingewiesen, daß es nunmehr höchste Zeit sei für eine Bestandsaufnahme der Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen. Der Sprecher war sich mit der Sprecherin der Fraktion DIE GRÜNEN darin einig, daß die Probleme teilweise struktureller Art sind, über die eine grundsätzliche Diskussion geführt werden sollte. Eine entsprechende Arbeitsgruppe des Hauptausschusses soll sich des Themas im kommenden Jahr annehmen.

Der Chef der Staatskanzlei wies darauf hin, daß die "Sonstigen Zuschüsse für laufende Zwecke der politischen Bildungsarbeit" um insgesamt 600 000 DM erhöht wurden, um in dem Bereich bestehende Personalbesoldungsprobleme aufzufangen.

Reinhard Grätz
Vorsitzender

**Änderungsanträge der Fraktionen
im Hauptausschuß**

zum Einzelplan 02

- Personaltitel -

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
1	CDU	<p>Kapitel 02 010 Titel 422 10 Titel 425 10 Titel 426 10</p> <p>Minderung der Ansätze um insgesamt 150 000</p> <p>6 Stellenneuzugänge im Bereich der Beamten, 1 Stellenneuzugang im Bereich der Angestellten sowie 3 Stellenneuzugänge im Bereich der Arbeiter werden gestrichen</p>	<p>Abgelehnt mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU und F.D.P. bei Stimmenthaltung DIE GRÜNEN</p>

Änderungsanträge der Fraktionen
im Hauptausschuß

zum Einzelplan 02

- Sachtitel -

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
1	DIE GRÜNEN	Kapitel 02 011 Titel 531 10 Minderung des Ansatzes um 1 000 000 auf 2 300 000	Abgelehnt mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen von F.D.P. und DIE GRÜNEN bei Enthaltung der CDU
2	CDU	Kapitel 02 010 Titel 531 10 Minderung des Ansatzes um 299 800 auf 3 000 200	Abgelehnt mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen von CDU, F.D.P., DIE GRÜNEN
3	CDU	Kapitel 02 010 Titel 531 30 Minderung des Ansatzes um 300 000 auf 0	Abgelehnt mit den Stimmen von SPD und DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und F.D.P.
4	DIE GRÜNEN	Kapitel 02 010 Titel 541 10 Minderung des Ansatzes um 700 000 auf 900 000	Abgelehnt mit den Stimmen der SPD gegen die Stimme DIE GRÜNEN bei Enthaltung von CDU und F.D.P.

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
5	CDU DIE GRÜNEN	Kapitel 02 010 Titel 541 30 Minderung des Ansatzes	Abgelehnt mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen von CDU, F.D.P. und DIE GRÜNEN
6	CDU	Kapitel 02 010 Titel 427 60 Minderung des Ansatzes	Abgelehnt mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. bei Stimmenthaltung DIE GRÜNEN
7	DIE GRÜNEN	Kapitel 02 010 Titelgruppe 70 Minderung des Ansatzes	Abgelehnt mit den Stimmen der SPD gegen die Stimme DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung CDU und F.D.P.
8	CDU	Kapitel 02 020 Titel 685 40 Minderung des Ansatzes	Abgelehnt mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. bei Stimmenthaltung DIE GRÜNEN
9	CDU	Kapitel 02 020 Titel 685 50 Minderung des Ansatzes	Abgelehnt mit den Stimmen der SPD gegen die Stimme der CDU bei Stimmenthaltung von F.D.P. und DIE GRÜNEN

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
10	CDU	Kapitel 02 020 Titel 547 75 Minderung des Ansatzes um 14 000 000 auf 0	Abgelehnt mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU bei Stimmenthaltung der F.D.P. und DIE GRÜNEN
11	DIE GRÜNEN	Kapitel 02 020 Titel 547 75 Minderung des Ansatzes um 7 000 000 auf 7 000 000	Abgelehnt mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der F.D.P. und DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung CDU
12	DIE GRÜNEN	Kapitel 02 020 Titel 685 80 Minderung des Ansatzes um 10 000 000 auf 5 000 000	Abgelehnt mit den Stimmen der SPD, CDU, F.D.P. gegen die Stimme DIE GRÜNEN
13	CDU	Kapitel 02 020 Titel 685 80 Minderung des Ansatzes um 2 500 000 auf 12 500 000	Abgelehnt mit den Stimmen der SPD und Stimmen der CDU, F.D.P. und DIE GRÜNEN
14	DIE GRÜNEN	Kapitel 02 050 Titel 684 30 Erhöhung des Ansatzes um 1 900 000 auf 27 240 000	Abgelehnt mit den Stimmen der SPD und F.D.P. gegen die Stimme DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung CDU
15	CDU	Kapitel 02 060 Titel 541 30 Minderung des Ansatzes um 200 000 auf 200 000	Abgelehnt mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU bei Stimmenthaltung F.D.P. und DIE GRÜNEN

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
16	CDU	Kapitel 02 060 Titelgruppe 60 Kürzung des Ansatzes um 400 000 auf 400 000	Abgelehnt mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU bei Stimmenthaltung von F.D.P. und DIE GRÜNEN